

# Feldzüge gegen das eigene Volk



faz.net, Bildschirmfoto vom 30.8.2018. Das Bild wurde inzwischen ausgetauscht!

**»Die FAZ wartete auf mit einem Bericht über die angeblichen Zustände in Chemnitz [...] Garniert ist der Text mit einem manipulierten Foto. Darauf sind vermeintliche Rechtsextreme zu sehen, die ein Schild „Terror“ hochhalten. Damit soll suggeriert werden, Rechtsextreme riefen zum Terror gegen den Staat auf. Ein weiteres Foto zeigt allerdings ein Transparent, auf dem „Kein Zutritt für Terror“ steht. Was hat die FAZ bewogen, ihren Ruf mit einer so plumpen, leicht nachweisbaren Fälschung endgültig zu ruinieren?«**

Vera Lengsfeld



## Das offene Wort

### Zwei Opfer der Gehirnwäsche?

Katrin Göring-Eckart, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, am 9.10.2013 im ARD-Morgenmagazin:

**»[...] sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, das Leute anzieht, die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte. Weil wir Menschen auch hier brauchen, die in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen können.«**

Andrea Nahles, heute Vorsitzende der SPD, im SPIEGEL Nr. 37/2015:

**»Gleich, wie viel es am Ende genau sein werden: Die Menschen, die sich oft aus Bürgerkriegen und über große Distanzen zu uns gerettet haben, sind bei allen akuten Problemen auch ein großer Gewinn. Nicht zuletzt angesichts des demographischen Wandels ist die Zuwanderung ein Segen, auch wenn sie derzeit ungeplant verläuft.«**

Auch diese beiden Damen beteiligen sich an den Feldzügen gegen ihr eigenes Volk, meint

Ihre Sabine Möller

# In Absurdistan eskaliert die Lage ...

## Bundeswehrübung »Schneller Adler«

Vom 4. bis 12.9.2018 fanden in Mitteldeutschland Großübungen der Bundeswehr statt, zu denen die »Pressestelle Division Schnelle Kräfte« der Bundeswehr auch Journalisten einlud.

Über Agenturen wurden Hunderte »zivile Mitwirkende« als Rollenspieler gesucht, die als Demonstranten, Bürger oder Angehörige einer Ethnie für oder gegen den Einsatz der Soldaten agieren sollten. Für die Einweisung gebe es 60 Euro, bei der Übung zehn Euro pro Stunde und kostenfreie Übernachtung.

Die Magdeburger *Volksstimme* berichtete über die Planung der Bundeswehr-Übung »Schneller Adler« unter der Überschrift:

### »In Aquilanien eskaliert die Lage«

Im krisengeschüttelten Schwelienland Aquilanien (für die Übung Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg umfassend) seien ethnische Konflikte und Unruhen ausgebrochen.

Wegen der Konflikte mit Bevölkerungsgruppen aus dem benachbarten Arendien (Sachsen und Thüringen) und mit Whashinistan (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) müssten »Urlauber und Touristen« evakuiert werden.

In der zweiten Woche der Übung **»wird es dann so dramatisch, daß die staatliche Ordnung in weiten Teilen des Landes nicht mehr existiert und die verbleibenden Deutschen (Konsul, Firmenangehörige) aus dem Land gebracht werden müssen«** (zitiert aus *Volksstimme*, Magdeburg).

Die »Pressestelle Division Schnelle Kräfte« beschreibt deren Auftrag u.a. mit »Luftbeweglichen Operationen im Rahmen der Landesverteidigung« und »Stabilisierungsoperationen im Rahmen der UNO und der NATO«.

Daß solche »Operationen« nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland möglich sind, steht schon im Grundgesetz, Art. 87a: **»Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für [...] die freiheitliche Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung [...] Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei [...] einsetzen.«**

### Drohen demnächst soziale Unruhen?

Die Gedankenspiele, die zur Planung einer solchen Übung führen, sollten selbst den gutgläubigsten Bürger zum Nachdenken anregen! Wer so etwas plant, weiß offenbar mehr über die Zustände und das Brodeln im Lande, als man offiziell zugeben will.

Die wenigsten Bürger (außer den Lesern der UN 5/2018) erinnern sich in diesem Zusammenhang daran, daß die Bundeswehr schon im Jahr 2016 geplant hatte, auch Schulabgänger ohne Abschluß als »Jäger« und sogar EU-Ausländer zu rekrutieren.

**»Man darf gespannt sein, welche Art von Beschützern uns demnächst vor wem (?) beschützen sollen! Ausländer und Jäger gegen Deutsche, die gegen die Entfremdung ihrer Heimat aufmucken?«**

Sie erhalten nur ein UN-Heft?  
Und was weiß Ihr Nachbar?  
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5  
oder 10 Hefte monatlich!

## »Wie man den Ausnahmezustand herbeischreibt«



Photo 125206326 © Michael Kuelbel - Dreamstime.com (Ausschnitt)

Die angeblichen Hetzjagden von Deutschen auf Ausländer in Chemnitz anlässlich des Mordes zweier Migranten an einem Deutschen sind lupenreine Propaganda volksfeindlicher Elemente. Ilja Ehrenburg, Sefton Delmer und Karl-Eduard von Schnitzler wären stolz auf ihre Nachfolger.

Die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld hat es am 30.8.2018 auf ihrer Internetseite mit klaren Worten auf den Punkt gebracht:

»Spätestens seit dem Interview des Chefredakteurs der stramm linken „Freien Presse“, Torsten Kleditzsch, im Deutschlandfunk, daß die Journalisten vor Ort keine Hetzjagden beobachten konnten, ist die von einem Video ausgelöste Medien-Kampagne, in Chemnitz hätten Neonazis Ausländer gejagt, widerlegt worden. Es gibt bis heute keinerlei Beweise. Keine Videos, keine Zeugenaussagen bei der Polizei, keine Anzeigen. Allerdings twitterte sich die Antifa am Sonntagabend

die Finger wund, um Behauptungen über Migrantenjagden zu verbreiten, ohne Beweise zu liefern. Noch am Morgen des 27. August konnte die Polizei zu den beginnenden Medienberichten über „Übergriffe auf Migranten“ nichts sagen.

Das Ganze beruht auf den Behauptungen des Antifa-aktiven Journalisten Johannes Grunert, dem es gelang, in der Nacht zum Montag bei ZEIT ONLINE den Spruch unterzubringen: „Rechte jagen Menschen in Chemnitz.“

Zwar liefert er keinen einzigen Beweis, aber das Mediengewitter ging los. Die Kollegen von spoekenkiekereij [im Internet unter [www.bit.ly/UNVLZ0sp](http://www.bit.ly/UNVLZ0sp) zu finden, d.Red.] haben den Ablauf dankenswerterweise genau recherchiert. Ihr Bericht ist ein einzigartiges Dokument des wohl größten Medienskandals in diesem Jahrhundert. Das Besondere an diesem Skandal ist, daß die linksradikale Unterstellung

vom Kanzleramt unverzüglich übernommen wurde. Die Gründe dafür werden einst Historiker erforschen.

Nachdem der Sprecher von Kanzlerin Merkel erklärte: „Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft oder der Versuch, Haß auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin, das hat bei uns in unseren Städten keinen Platz, und das kann ich für die Bundesregierung sagen, daß wir das aufs Schärfste verurteilen.“, war die unbewiesene linksradikale Behauptung regierungsamtlich geworden.

Das ist ein für Demokratien einmaliger Vorgang, zumal sich der Regierungssprecher der totalitären Vokabel „Zusammenrottung“ bediente. Ich bin in der SED-Diktatur wegen „Zusammenrottung“ verurteilt worden und hatte geglaubt, nach dem Ende der DDR endgültig Verhältnissen entronnen zu sein, in denen Bürger, die sich friedlich und ohne Waffen versammeln, wie es ihr im Grundgesetz garantiertes Recht ist, der Zusammenrottung bezichtigt werden.

Chemnitz wurde nach dem Statement aus dem Kanzleramt weltweit als Nazihochburg denunziert. Es dürfte einmalig sein, daß eine demokratische Regierungschefin dafür sorgt, daß ihre Bürger einer Medienhatz ausgesetzt werden. Man kennt das sonst nur von Diktaturen.

Inzwischen haben auch andere Politiker, allen voran der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, in den Ton eingestimmt, den die Kanzlerin über ihren Sprecher angeschlagen hat.

Obwohl in Chemnitz keine einzige Fensterscheibe zu Bruch ging, keine Autos angezündet wurden, keine Dächer von Steine werfenden Rechtsradikalen besetzt, keine Geschäfte verwüstet und geplündert wurden, wie es in

Hamburg beim G20-Gipfel Linksradikale praktizierten, erhielt man bei der Medienberichterstattung den Eindruck, Chemnitz stünde kurz vor der Übernahme durch Rechtsradikale und die Polizei wäre hilflos.

Inzwischen ist auch der Polizeibericht über die Demonstrationen vom Montag veröffentlicht, in dem nichts dergleichen steht. Die Polizei hatte die Lage vollkommen im Griff. Verglichen mit den regulären 1.-Mai-Demos in Berlin und Hamburg, die auch dann noch von Medien und Politik als „weitgehend friedlich“ bezeichnet werden, wenn Dutzende Polizisten verletzt worden sind, wird in Chemnitz nun gegen die Bürger die Bundespolizei eingesetzt, als befände es sich im Ausnahmezustand.

Die Qualitätspresse hält unbeirrt an ihren Gruselgeschichten fest. Klaus Kleber sprach gestern Abend im ZDF immer noch von „Ausländerjagden“, obwohl es sie nicht gegeben hat.

Bei den heutigen Veröffentlichungen ist es schwer zu entscheiden, wer den Vogel des Propaganda-Journalismus abgeschossen hat.

Die FAZ wartete auf mit einem Bericht über die angeblichen Zustände in Chemnitz, wie sie ein linker Buchhändler sieht. Garniert ist der Text mit einem manipulierten Foto. Darauf sind vermeintliche Rechtsextreme zu sehen, die ein Schild „Terror“ hochhalten. Damit soll suggeriert werden, Rechtsextreme riefen zum Terror gegen den Staat auf.

Ein weiteres Foto zeigt allerdings ein Transparent auf dem „Kein Zutritt für Terror“ steht. Was hat die FAZ bewogen, ihren Ruf mit einer so plumpen, leicht nachweisbaren Fälschung endgültig zu ruinieren?

Die Tagesschau meldete heute morgen einen ausländerfeindlichen Übergriff in Wismar. Ein junger Syrer sei in einem Park von unbekanntem Tätern überfallen,

mit einer Eisenkette geschlagen und nach seinen Angaben ausländerfeindlich beschimpft worden. Die Täter hätten ihn deutsch angesprochen. Daß es Deutsche waren, steht damit nicht fest.

Im Falle Chemnitz ist von den Medien immer wieder moniert worden, daß die Chemnitzer reagiert hätten, bevor genauere Tatumstände bekannt geworden seien. Dabei war vergleichsweise mehr bekannt als im Wismarer Fall.

Nun wird von der Hauptnachrichtensendung, bevor man überhaupt weiß, wer die Täter sind und was die genauen Tatumstände waren, gemeldet, es hätte sich um „ausländerfeindliche“ Übergriffe gehandelt. Die Tagesschau, die Morde wie der an Maria in Freiburg oder der an einem Arzt in Offenburg wegen angeblich nur lokaler Bedeutung für nicht berichtenswert hielt, findet nun, daß eine bislang nicht verifizierte Behauptung der „Ausländerfeindlichkeit“ unbedingt in ihre Sendung gehört. Die Tagesschau-Macher haben anscheinend noch nie etwas von den täglichen Auseinandersetzungen, verbale und tätliche, zwischen den einzelnen Flüchtlingsgruppen gehört.

In der gegenwärtigen Situation dient die Meldung nur dazu, die angebliche Ausländerfeindlichkeit der Ostdeutschen zu untermauern und damit die Spaltung unserer Gesellschaft zu vertiefen. Das gehört ganz sicher nicht zum Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen.

Man könnte das Gefühl gewinnen, Politik und Medien wollten den Ausnahmezustand herbeireden- und schreiben, damit ein Exempel für die Bürger statuiert werden kann, die gegen die gefährlich gescheiterte Flüchtlingspolitik der Kanzlerin protestieren und Änderungen verlangen.

Ich hoffe sehr, daß ich mich da täusche.«

## Mit zweierlei Maß?

Wenn eine Regierung, unterstützt durch die »Qualitätspresse« – einige sprechen auch von Schrottpresse – Greuelmärchen über die eigene Bevölkerung in die Welt setzt, müssen wir uns nicht wundern, wenn im Ausland wieder der »häßliche Deutsche« die Schlagzeilen beherrscht. So spielt man den Deutschenhassern im In- und Ausland in die Hände.

So ist es auch nur folgerichtig, wenn der Menschenrechts-Kommissar der Vereinten Nationen, *Seid al-Hussein*, sich entsetzt zeigt über die Ausschreitungen von Chemnitz und die Passivität gegenüber »rechtsextremen Strömungen« beklagt:

»Diese Bilder waren wirklich schockierend«, sagte er am 29.8.2018 in Genf. In Deutschland sollte das Bewußtsein für Geschichte und die Leiden der Vergangenheit ausgeprägter als in anderen Ländern sein, fuhr er in Anspielung auf die deutsche Vergangenheit fort.

Mit Blick auf die Drahtzieher der Ausschreitungen in der sächsischen Stadt mahnte er, in ganz Europa werde nicht genug gegen rechte Tendenzen getan. Es müßten sich mehr Stimmen erheben, die erklären müßten, Anstachelungen zum Haß würden gegen Menschenrechte verstoßen. »Bitte entschuldigen Sie meine deutlichen Worte, aber ich denke, es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß sich Menschen von öffentlichem Gewicht in ganz Europa gegen diese Entwicklung wenden.«

**Wie lauteten eigentlich seine Worte, als in Köln eine »Hetzjagd« auf Frauen und Mädchen stattgefunden hat?**

# Die Geschichte wiederholt sich!

## Es wird sich wieder »zusammengerottet«

**Sprache ist verräterisch!** Spätestens seit »Chemnitz« wird sich wieder »zusammengerottet«, »finden Hetzjagden statt« und es wird »gehaßt«!

»Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderer Aussehens, anderer Herkunft, oder der Versuch, Haß auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin«, sagte Regierungssprecher **Steffen Seibert** am 27.8.2018 in Berlin. Die Bundesregierung verurteilt dies »auf das Schärfste«.

»Wir haben Videoaufnahmen darüber, daß es Hetzjagden gab, daß es Zusammenrottungen gab, daß es Haß auf der Straße gab, und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun. [...] Es darf auf keinem Platz und keiner Straße zu solchen Ausschreitungen kommen.«

Angela Merkel,  
lt. SPON, 28.8.2018



Fotomontage

»Im Verlauf des gestrigen Tages kam es in verschiedenen Bezirken, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam, zu Demonstrationen, die gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren. Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen. Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden.«

Erich Honecker an Hans Modrow am 8.10.1989, lt. DER SPIEGEL, 7/1990

### § 217

#### Zusammenrottung

(1) Wer sich an einer die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigenden Ansammlung von Personen beteiligt und sie nicht unverzüglich nach Aufforderung durch die Sicherheitsorgane verläßt, wird mit Haftstrafe oder Geldstrafe bestraft.

(2) Wer eine Zusammenrottung organisiert oder anführt (Rädelsführer), wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (Auszug)

## Staatsfeindliche Hetze

»Angriffe oder Aufwiegelung gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung durch Einführen, Herstellen oder Verbreiten von entsprechenden Schriften oder Symbolen, das Androhen von Verbrechen gegen den Staat und die Anstiftung zum Widerstand gegen ihn war nach § 106 des

Strafgesetzbuches der DDR als »staatsfeindliche Hetze« strafbar. Ursprünglich als »Boykotthetze« bezeichnet, war die Einstufung von Äußerungen und Handlungen als solche Hetze Sache der Gerichte, die dabei einen weiten Interpretationsspielraum hatten. Wegen »staatsfeindlicher Hetze« wurde zudem verfolgt, »wer Repräsentanten oder andere Bürger der DDR wegen deren

staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit« oder »die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminiert« oder »den Faschismus oder Militarismus verherrlicht« habe. Auch das war eine nach Bedarf dehnbare Bestimmung, die viele Dissidenten und kritische Intellektuelle bis zu fünf Jahre hinter Gitter brachte.«

aus: DDR-Lexikon.de

**»ZUSAMMENROTTUNGEN« GESTERN UND HEUTE**

# Das Ende der Versammlungsfreiheit?



Unser Versammlungsrecht soll eingeschränkt und, wenn möglich, für die »Rechten« gänzlich abgeschafft werden. So wäre sichergestellt, daß die »Besermenschen« (Steigerung von »Gutmenschen«) ganz unter sich bleiben können.

Nachdem die disziplinierten PE-GIDA-Schweigemärsche keinen gesetzlichen Anlaß bieten, Verbote auszusprechen, versucht die Staatsmacht am Rande der Legalität – vielleicht auch ein wenig darüber – den Bürgerprotest einzuschränken.

Nicht erst seit »Chemnitz« und den angeblichen Hetzjagden haben die Herrschenden in diesem Land panische Angst vor der eigenen Bevölkerung

Bereits am 11.4.2017 gab der Oberbürgermeister der Stadt Dresden im Zuge des Maßnahmenpaketes »Dresden. Respekt« ein Gutachten für 53.550 Euro in Auftrag, um prüfen zu lassen, wie man mißliebige Demonstrationen verhindern könne, natürlich völlig legal! Die Fragestellungen an den Gutachter animieren aber zu Rechtsbrüchen.

Nachfolgend Auszüge aus der Beschlußvorlage:

## »Externes Gutachten zur Anwendung des Versammlungsrechts in Dresden

Das Gutachten soll zu folgenden Themenkomplexen bzw. Fragen Stellung nehmen:

*Welche Möglichkeiten bestehen abstrakt, die Durchführung von Versammlungen unter freiem Himmel zu beschränken? (Kurzer Einführungsteil)*

*Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:*

- *Bedarf es des Rückgriffs auf Grundrechte Dritter bzw. Rechtsgüter von Verfassungsrang?*
- *Können auch schon genehmigte Sondernutzungen entgegenstehen?*
- *Inwieweit sind ökonomische Interessen von ansässigen Gewerbetreibenden zu schützen?*
- *Ergeben sich im Rahmen von Kooperationsgesprächen weitergehende Einflußmöglichkeiten als in förmlichen Bescheiden?*
- *Wie ist die Lage bei Demonstrationen, die von vornherein auf eine große Zahl von Wiederholungen von Versammlungen mit ähnlicher Form und/oder Inhalt ausgelegt sind?*
- *Welche Aktenlage ist erforderlich, damit einzelne – isoliert betrachtet nicht der Versammlung zurechenbare – Störungen und Auflagenverstöße aufgrund ihrer Häufigkeit über einen Zeitraum von zwei Jahren eventuell doch der Versammlung zugerechnet werden können?»*

**Mit solchen Tricks wollen Demokraten die demokratischen Grundrechte aushebeln!**

## SPD-Innenminister brüstet sich mit fragwürdigem Rechtsverständnis

In einem SPON-Interview vom 9.8.2018 brüstet sich der SPD-Innenminister des Freistaates Thüringen, Georg Maier, damit, daß er Besucher von Rechtsrock-Konzerten durch die Polizei schikanieren läßt: »So werden zum Beispiel die Autos der Neonazis vermehrt kontrolliert und dabei geprüft, ob die Autoreifen abgefahren sind. Ich will da nicht alle Tricks verraten. [...] die Rechten merken: Wir haben den Kampf aufgenommen.«

Peinlich wird es, wenn Maier jammert: »Da sagen viele Bürger bei den Rechtsrock-Veranstaltungen über die Rechtsextremen: Die verhalten sich doch o. k., die machen doch nichts, die räumen sogar wieder auf. Das ist die Wohlverhaltensstrategie der Neonazis. Diese Haltung macht es sehr gefährlich. Um dieses Denken aus den Köpfen zu bekommen, müssen wir es zum Thema machen. Das ist Aufgabe der Politik.«

SPIEGEL ONLINE: »Ihr eigentliches Vorhaben war aber ein anderes: Sie hatten angekündigt, Konzerte wie das in Themas oder Mattstedt komplett zu verhindern, indem Sie das Versammlungsrecht ändern.«

Maier: »Ja. Am Anfang war ich da sehr optimistisch. Viele Menschen fragen mich immer wieder, warum wir rechtsextreme Veranstaltungen nicht einfach verbieten. Aber die Versammlungsfreiheit ist durch das Grundgesetz geschützt, ein Verbot solcher Treffen ist kaum möglich. Das war auch ein Lernprozeß für mich.«

## Gegen das Täuschen und Verdrehen der Medien:

# **Daniel Zabel: »Dafür stehe ich!«**

Die Veröffentlichung des Haftbefehls des mutmaßlichen Mörders von Chemnitz verursachte bei Politikern und Medien tagelang mehr Aufregung als die Tat selbst.

Wer war der Übeltäter? Wer hat das in Netz gestellt und gegen Gesetze verstoßen? Ein hartes Durchgreifen des Rechtsstaates sei erforderlich.

Die vieltausend ganz normalen Bürger, die in Demonstrationen trauerten und gegen die Folgen der Masseneinwanderungspolitik protestierten, wurden regierungsseitig als »brauner Mob« beleidigt.

Nicht das Abstechen eines Menschen stand im Vordergrund der Nachrichten, sondern die Verurteilung und Suche nach dem »Durchstecher« des Haftbefehls.

Hier die Presseerklärung des »Schuldigen«, die er am 31.8.2018 zusammen mit seinem Rechtsanwalt verfaßt hat:

### **PRESSEERKLÄRUNG**

»Mein Name ist Daniel Zabel. Ich habe mich gemeinsam mit meinem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Hannig, dazu entschlossen, mit der folgenden Erklärung an die Öffentlichkeit zu gehen:

Ich bin Justizvollzugsbeamter und habe im Rahmen meiner Tätigkeit Kenntnis von dem Haftbefehl gegen einen der Tatverdächtigen des Tötungsdelikts in Chemnitz an dem Herrn Daniel Hillig erhalten. Ich habe mich entschlossen, dieses Dokument, den vollständigen Haftbefehl, zu fotografieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Mir war dabei klar, daß ich damit Dienstpflichten verletze und ich habe auch gewußt, daß ich dadurch mit hoher Wahrscheinlichkeit meinen Job verlieren werde. Mir war allerdings nicht klar, daß ich mich mit dem Veröffentlichen dieses Dokuments möglicherweise auch strafbar gemacht habe. Dies habe ich vor allem deshalb nicht geglaubt, weil spätestens mit Eröffnung des Hauptverfahrens die Angelegenheit ohnehin in einer öffentlichen Verhandlung stattfinden muß und ich da davon ausgegangen bin, die Öffentlichkeit früher oder später die Wahrheit ohnehin erfährt.

Ich habe mich aus folgenden Gründen dazu entschlossen, den Haftbefehl öffentlich zu machen und damit der Öffentlichkeit ein für alle Mal zu zeigen, welche Tat nach vorläufiger Ansicht der Staatsanwaltschaft in Chemnitz stattgefunden hat: Ich möchte, daß die Öffentlichkeit weiß, was geschehen ist. Ich möchte, daß die Spekulationen über einen möglichen Tatablauf ein Ende haben und ich möchte, daß die Medien nicht mehr die Hoheit haben, den tatsächlichen Tatablauf in Frage zu stellen, zu manipulieren oder auf einen ihnen jeweils genehme Art und Weise zu verdrehen. Ich möchte, daß die gesamte Öffentlichkeit ausschließlich die zum heutigen Zeitpunkt bekannten harten Fakten kennt.

Ich bin als Justizvollzugsbeamter tagtäglich im Brennpunkt eines Geschehens, das es in unserem Land vor einigen Jahren in dieser Intensität und Weise nicht gegeben hat. Trotzdem beobachte ich jeden Tag, daß die meisten Menschen über die Veränderungen in unserem Land belogen werden oder die Wahrheit nicht wahrhaben wollen. Zumindest im Hinblick auf den Totschlag

oder Mord von Chemnitz wollte ich aber nicht mehr Teil dieser schweigenden Masse sein, sondern dafür sorgen, daß die Wahrheit, und ausschließlich die Wahrheit ans Tageslicht kommt.

Dafür stehe ich.

Dies ist auch der Grund, warum ich mich hier öffentlich äußere. Die Konsequenzen sind mir bewußt. Ich gebe zu, daß ich durchaus Angst habe, daß der Rechtsstaat nicht mehr funktioniert und ich trotz dieses öffentlichen Geständnisses in Haft genommen werde. Dieses Risiko muß ich leider in Kauf nehmen. Ich vertraue aber darauf, daß ich ein faires und rechtsstaatliches Verfahren kriege, auch wenn die Wahrheit, die ich veröffentlicht habe, manchen Menschen in Deutschland nicht passen wird.

Ich habe nicht die Absicht, etwas zu Verdunkeln oder zu Vertuschen und ich habe nicht die Absicht zu fliehen. Ich stehe zu dem, was ich getan habe.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an meinen Verteidiger Herrn Rechtsanwalt Hannig unter hannig@hannig-rechtsanwaelte.de.«

### **Versagen auf ganzer Linie**

Der mutmaßliche Messerstecher von Chemnitz, ein Iraker, hätte als abgelehnter Asylbewerber schon im Mai 2016 nach Bulgarien als Erstaufnahmeland abgeschoben werden können.

Das Land Sachsen aber ließ die Sechs-Monats-Frist für die Überstellung verstreichen, danach war das BAMF zuständig – und das versagte ebenfalls.

# Wer Migrant ist, bestimmt das Politbüro



## Wer hat einen »Migrationshintergrund«?

Wer Statistiken glaubt, ist selber schuld. Ein bekanntes Politiker-Zitat lautet: *»Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe.«*

Nachstehende Meldung aus der NRZ vom 2.8.2018 gibt unfreiwillig Aufschluß darüber, warum Statistiken, die Wahrheit und die Wahrnehmung der Bürger nicht immer deckungsgleich sind.

### IM BLICKPUNKT

#### 19,3 Millionen haben Migrationshintergrund

**An Rhein und Ruhr.** Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Laut Statistischem Bundesamt lebten 2017 rund 19,3 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln in Deutschland. Ein Plus von 4 Prozent. Ein Mensch hat einen Migrationshintergrund, wenn er selbst oder ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. *epd*

Millionen von Zeitungslesern lesen solche kleinen Meldungen in der Tagespresse. Aber kaum einer hinterfragt sie und überlegt, was sie für unsere Zukunft und die unserer Kinder bedeuten und was man daraus folgern muß.

Wer durch die Straßen mancher Städte und Stadtteile geht oder fährt, begegnet vielen fremdländisch aussehenden Menschen und fragt sich, wo er eigentlich ist.

Die offizielle Zahl der Einwohner mit »Migrationshintergrund« beträgt 19,3 Millionen Menschen,

also rund 25 Prozent, das heißt ein Viertel aller Mitbürger.

Im wahren Leben hat man den Eindruck, es seien mehr. Warum ist das so?

Mit Migrationshintergrund werden nur die gezählt, die selbst oder ein Elternteil von ihnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren wurden.

**Im Umkehrschluß: Das junge türkische Ehepaar mit deutschem oder deutsch/türkischem Doppelpaß gilt laut dieser Meldung als »Deutsch« und damit hat ihr gemeinsames, in Deutschland geborenes Kind keinen Migrationshintergrund mehr.**

Man achte auf den feinen Unterschied – wir haben es laut Statistik nun nicht nur mit »Deutschen« zu tun, nein, auch der »Migrationshintergrund« taucht in keiner Statistik mehr auf.

### So sieht es in Wirklichkeit aus:

Die ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, *Barbara John* (CDU), läßt in einer Kolumne im *Tagesspiegel* vom 6.8.2018 keine Zweifel an der Zukunft Deutschlands:

*»Der Trend zum rasant wachsenden Migrantenanteil ist nicht umkehrbar. Schon machen sich Ängste, aber auch Hoffnungen breit. [...] Die neue Bevölkerungsmehrheit besteht ja aus vielen Einwanderergruppen, die sich bildungsmäßig, ethnisch, religiös, kulturell und wirtschaftlich enorm unterscheiden. Untereinander wie gegenüber anderen Gruppen*

*sind sie oft zerstritten, wie das auch bei Einheimischen der Fall ist. So bilden sich neue politische Allianzen jenseits von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.*

*Ungewohnt, aber bestätigt wird eine zweite Gewißheit: Für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg läßt sich nicht mehr allein die einheimische Mehrheit verantwortlich machen, sondern die gesamte Gesellschaft. So wird vieles anders und manches auch besser. [...] Die deutsche Bevölkerung wird in den Städten zunehmend zur Minderheit. [...] Es ist auch in Deutschland nur noch eine Frage der Zeit, bis in größeren Städten Menschen mit Migrationshintergrund die Bevölkerungsmehrheit stellen. In Frankfurt am Main ist es bereits so weit: Schon 2017 waren 51,2 Prozent der Stadtbewohner nicht in Deutschland geboren oder hatten nichtdeutsche Eltern. Augsburg und Stuttgart sind die nächsten Kandidaten oder haben den Status gerade erreicht.«*

**Nach Großstädten wie Augsburg, Stuttgart und anderen werden anschließend Mittel- und Kleinstädte, Gemeinden und Dörfer die »Kandidaten« für die Umvolkung sein, wenn wir die Parteien der grenzenlosen Unvernunft nicht endlich abwählen!**

### ZUM NACHDENKEN:

**»Verschließe ich meine Haustür, weil ich die Menschen draußen hasse? Nein, ich verschließe sie, weil ich die Menschen darin liebe, sie mir wichtig sind und ich sie beschützen möchte!**

**Aus diesem Grund haben Türen Schlösser und Staaten Grenzen!«**

Autor unbekannt

**VORSICHT BEI STATISTIKEN!**



# Zwischenlagerung für Terroristen?

## Weißhelme fühlen sich in unseren Sozialsystemen wohl



Weißhelme schwenken die Fahne der al-Nusra, ein Ableger der al-Kaida in Syrien

### Zwischenlagerung von Weißhelmen?

Die USA, Frankreich und Deutschland nehmen die von Israel »geretteten« Weißhelmkämpfer aus Syrien auf.

Die Truppe wurde von westlichen Geheimdiensten gegründet, bezahlt, geführt und gegen die syrischen Truppen eingesetzt. Vor allem aber hatte sie unter Führung der CIA Giftgasexplosionen in ihrem Kontrollgebiet ausgelöst, fotografiert und in der ganzen Welt als angeblichen Angriff der syrischen Truppen propagandistisch ausgeschlachtet. Das hat

### Vorbild Ungarn:

#### UNGARN

#### Gesetz gegen Flüchtlingshilfe

Das ungarische Parlament hat ein Gesetz gebilligt, das den Druck auf Zivilorganisationen erhöht, die Flüchtlingen helfen. Deren Mitarbeiter und Aktivisten können sich künftig strafbar machen, wenn sie „Beihilfe zur illegalen Migration“ leisten. Die im Gesetz enthaltene Änderung des Strafgesetzbuchs sieht Arreststrafen sowie im Wiederholungsfall Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr vor.

Die Welt kompakt, 21.6.2018

Angriffe der USA auf Syrien nach sich gezogen und hätte zum Weltkrieg führen können.

Nun sind die Weißhelmkämpfer den syrischen Regierungstruppen unterlegen und mußten sich zurückziehen. In einer »spektakulären« Aktion wurden Hunderte von

ihnen durch israelische Truppen »gerettet«, um in weiteren vom CIA geplanten »Regime-Change«-Kriegen wieder eingesetzt zu werden – voraussichtlich gegen den Iran. Dazu müssen sie nun »zwischenlagert« werden. Sie werden nun aus Israel nach Deutschland, Frankreich und den USA gebracht, um sie dem Zugriff der syrischen Justiz zu entziehen.

Die bundesdeutsche Regierung hat den USA die Aufnahme von Weißhelm-Terroristen mit ihren Familien zugesagt.

Wieder einmal am Bundestag vorbei wurde die unzulässige Entscheidung getroffen, ausländische Terroristen ins Land zu lassen und hier mit Sozialhilfe zu pflegen. Auch wenn diese Terroristen nur vorübergehend hier sein sollen, sind sie ein Risikofaktor, bedeuten sie nicht nur Kosten, sondern auch eine Gefahr für uns in Deutschland.

Wofür ist der Bundestag da, wenn die Regierung nicht nur Armutzuwanderung, sondern auch Terroristenzuwanderung ohne Zustimmung eines in der Demokratie eigentlich entscheidenden Parlaments ins Land holt?

Und warum hören wir keinen Aufschrei der Opposition über diese neue Eigenmächtigkeit von Merkel? Solange mehr Gefährder

importiert statt exportiert werden, ist die ganze Rückführungsdebatte nichts mehr als leeres Geschwätz!

Die von den Medien hochgelobte Truppe des »Syrischen Zivilschutzes« (Weißhelme) ist eine private Organisation von Freiwilligen und bezahlten Helfern in Syrien, die nur in den nicht von der Regierung kontrollierten Teilen des Landes aktiv war.

Die Organisation hat ihren Sitz in Großbritannien und wird massiv von westlichen Staaten und dubiosen Vereinigungen finanziell am Leben erhalten. Sie ist nicht zu verwechseln mit den staatlichen syrischen Zivilschutzkräften und schon gar nicht mit den Blauhelmen der Vereinten Nationen. Die Weißhelme sind nicht Mitglied in der Internationalen Zivilschutzorganisation.

Die Truppe wurde Anfang 2013 von *James Le Mesurier*, einem früheren Nachrichtendienstoffizier der britischen Armee und privatem Sicherheitsberater, gegründet.

Immer wieder gerieten die Weißhelme in den Verdacht, aktiv die terroristischen Aktivitäten der sogenannten Freiheitskämpfer in Syrien zu unterstützen.

Unstrittig ist, daß die Weißhelme Greuelbilder mit Frauen, Kindern und Alten nachstellten. Sowohl die syrische als auch die russische Regierung beschuldigen die Weißhelme, aktiv an kriegerischen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung und gegen die syrische Armee teilgenommen zu haben.

# Zwischenlagerung für Terroristen?

## Piraten fühlen sich in unseren Sozialsystemen wohl

### Zwischenlagerung von Piraten?

Lustig ist nicht nur das Zigeunerleben, sondern auch das Piratenleben – auf alle Fälle im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab.

Vor über 600 Jahren fand der Prozeß gegen den berühmten Seeräuber Klaus Störtebeker statt, mit dem bekannten Ergebnis, daß er mit dem Kopf unter dem Arm an einem Teil seiner mit ihm verurteilten Mannschaft vorbeimarschiert sein soll. Zugegebenermaßen ist Köpfen vielleicht nicht mehr ganz zeitgemäß, aber müssen es denn gleich alle Wohltaten unseres Sozialstaates sein, die jetzt in Hamburg fünf verurteilten somalischen Piraten zuteil werden?

Im April 2010 wurde der deutsche Frachter »Taipan« 500 Seemeilen vor der somalischen Küste von zwei Schnellbooten mit Raketenwerfern und Kalaschnikows zum Halten gezwungen und ge-

kapert. Nur dem Eingreifen eines niederländischen Kriegsschiffes und dem waghalsigen Einsatz eines Kommandounternehmens war es zu verdanken, daß Schiff und Besatzung schnell befreit werden konnten. Die von den Niederländern an die deutsche Justiz ausgelieferten zehn Piraten wurden in einem aufwendigen Prozeß zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und sieben Jahren verurteilt. Seit 2015 sind alle wieder auf freiem Fuß, nachdem sie ihre Strafen ganz oder teilweise abgesessen hatten.

Fünf Somalier blieben in Hamburg und stellten Asylanträge – alle wurden abgelehnt. Die somalische Botschaft weigert sich jedoch, Pässe auszustellen, also kann und wird nicht abgeschoben.

Fazit: In Hamburg werden von uns fünf somalische Seeräuber – inklusive Familien – vollversorgt, mit allem was unser Sozialstaat zu bieten hat.

**Ja, wir leben in Absurdistan!**

### Familiennachzug für »Gefährder«

#### §3a Aufenthaltsgesetz:

»Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs ist zu versagen, wenn derjenige, zu dem der Familiennachzug stattfinden soll,

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet [...]«

»Von Satz 1 können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zugelassen werden, wenn sich derjenige, zu dem der Familiennachzug stattfinden soll, gegenüber den zuständigen Behörden offenbart und glaubhaft von seinem sicherheitsgefährdenden Handeln Abstand nimmt.«

Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucksache 19/2438

## Liebe Leser, ganz privat:

### »Darf man sich freuen, daß Syriens mörderische Mutter Krebs hat?«

In welchem Sumpf unsere Massenmedien waten und wie tief sie gesunken sind, zeigt die obige *BILD.de*-Überschrift vom 8.8.2018. Da wird gemeldet und kommentiert, daß *Asma al-Assad*, die Frau des »Diktators«, an Brustkrebs erkrankt sei:

»In aller Ehrlichkeit – liegt der Gedanke nicht fern, so schäbig er auch ist. Nämlich: „Das trifft die Richtige!“«

Wenn man sich in den gleichen Sumpf begeben würde, wäre dem Herrn *BILD*-Redakteur *Daniel Böcking* und der ganzen beteiligten *BILD.de*-Redaktion die Fra-

ge zu stellen, ob man sich freuen dürfte, wenn sie angesichts ihrer unsäglichen Kommentare zu politischen Themen (besonders zu Israel, Syrien und deutschen Interessen) an Gehirntumoren erkranken würden.

Allein unterschwellig die Frage zu stellen und sie gedanklich mit dem »Chemiewaffen-Schlächter« und »Die lächelnde Ehefrau der Bestie« zu verbinden, ist unterste Schublade.

Nach außen hin distanziert sich dieser »Christ« zwar von solchen Wünschen und Gedanken, aber man spürt das ungeschriebe-

ne klammheimliche Verständnis für den Gedanken »Das trifft die Richtige!«

Das wird den *BILD*-Lesern geradezu ins Gehirn transportiert, auch wenn der Herr Redakteur sich von solchen Gedanken wieder distanziert, die Bibel zitiert und als Alibi dem lieben Gott »ein gerechtes Gottes-Urteil« überläßt. Wir würden uns freuen, wenn der seit Jahren anhaltende Leser- und Auflagenschwund von *BILD* sich noch um einige Hunderttausend verstärken würde! ***BILD in die Tonne, UN auf den Tisch!***

*Ihre UN-Mitarbeiter*

# Die Selbstbediener der GroKo



Fast heimlich still und leise genehmigten sich CDU/CSU und SPD einen ordentlichen Schluck aus der Steuerpulle. Sie erhöhten die Fraktionsgelder im deutschen Bundestag um 30 Prozent und hofften, daß sich die bräsigen Bundesbürger in der Sommerpause mehr um Bratwürste und kaltes Bier sorgen, als den Parteien auf die Finger zu klopfen.

Verderben wir ihnen ihr Konzept: Sogar beim herbstlichen Grillen im Familien- oder Freundeskreis kann man schonend, behutsam aber umfassend informieren!

Selbst die *Süddeutsche Zeitung* kam nicht umhin, über diesen Skandal zu berichten:

»Für das Haushaltsjahr 2018 sollen die Fraktionen jetzt insgesamt 115,253 Millionen Euro erhalten, im vergangenen Jahr waren es noch 88,097 Millionen Euro. Zusätzlich bekommen die Fraktionen Sachleistungen. Dazu zählen etwa die Bereitstellung von Büroräumen oder die Nutzung von Bibliothek, Wissenschaftlichem Dienst und Fahrdienst. [...] Die Fraktionen von FDP, Grünen und Linken haben deshalb eine gemeinsame Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Erhöhung angekündigt. Die AfD-Fraktion will in Karlsruhe eine Organklage einreichen.«

## Dreiste Selbstbedienung

»Selten hat sich eine Koalition derart dreist selbst bedient wie in diesem Fall. Union und SPD haben im parlamentarischen Schnelldurchlauf und ohne stichhaltige Begründung die Obergrenze der staatlichen Parteienfinanzierung von 165 auf 190 Millionen Euro erhöht.

Statt des ursprünglich vorgesehenen reinen Inflationsausgleichs gibt es also auf einen Schlag 15 Prozent mehr.

Union und SPD befeuern damit die Ressentiments, die es bereits bei viel zu vielen Deutschen gegen die Parteien gibt. Sie schaden der Akzeptanz des Parlamentarismus – und schenken der AfD ein Wahlkampf-Thema.«

Kommentar von Robert Roßmann in der *Süddeutschen Zeitung* (sueddeutsche.de, 5.7.2018)

Wir bitten unsere Leser, Kostenbeiträge und/oder Spenden mit diesem Vordruck zu begleichen. Wenn Sie

dies schon erledigt haben, ignorieren Sie diesen Vordruck bitte. Unsere Leser außerhalb der Bundesrepublik

Deutschland bitten wir, landesspezifische Vordrucke zu verwenden. Diese erhalten Sie von Ihrer Hausbank.

### Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Zahlungsempfänger  
FREUNDESKR. UN E.V.

IBAN  
DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC  
PBNKDEFFXXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer/Verwendungszweck  
ADR.-NR.:

WOHNORT:

Kontoinhaber/Zahler: Name

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

F R E U N D E S K R . U N E . V .

IBAN

D E 7 5 1 0 0 1 0 0 1 0 0 6 3 6 5 3 9 1 0 1

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

P B N K D E F F X X X

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

A D R . - N R . :

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

W O H N O R T :

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

08

Datum

Unterschrift(en)

**Auf den Punkt gebracht:**

»Insgesamt sind Staat und Politik in einem Zustand, von dem nur noch Berufs-optimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen.«

Hans Herbert von Arnim,  
Staatsrechtler

**Unser Mitleid hält sich in Grenzen**

Im Kollektivtausch des Willkommenswahns mit Fähnchenschwenken und Teddybär-Würfen übernahmen tausende verklärte Deutsche und ausländische Mitbürger Bürgschaften für die Kosten, für Wohnung und Unterhalt der »Neuhinzugekommenen«.

Es gab Landesaufnahmeprogramme, in denen sich Angehörige, sozial engagierte, Gemeinden und politische Extremisten (Motto: »Deutschland verrecke!« oder »Nie wieder Deutschland!«) verpflichteten, für die Kosten der Zuwanderer aufzukommen. Im Gegenzug erhielten diese dann ein Visum, also eine Aufenthaltsgenehmigung.

Nun fordern die »Jobcenter« vorsorglich von Tausenden dieser Bürgen die Kosten zurück, die für den Lebensun-

terhalt ihrer »Gäste« entstanden sind, weil sonst Verjährungsfristen drohen.

Pro Asyl, die evang. Kirche und der Flüchtlingsrat kritisieren und warnen vor den existenzbedrohenden Folgen für die betroffenen »Flüchtlingsbürgen«, die oft Bürgschaften für ganze Familien übernommen haben.

Als es in Deutschland noch eine Schulbildung und Allgemeinbildung gab, wußte jeder Volljährige, was es heißt, für seinen Schwager, Onkel oder Freund eine Bürgschaft für dessen Schulden zu unterschreiben. Aber auch ohne Bildung kann man das am Schalter seiner Sparkasse erfahren. Soziales und humanes Handeln in allen Ehren, aber bitte nicht auf Kosten der Allgemeinheit!

**Unser Mitleid hält sich in Grenzen.**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

**FÜR IHRE BESTELLUNG:**

Bitte einsenden an: **UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen**

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ (für Rückfragen)

**Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe**

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**ERSCHEINUNGSVERMERK**

**UN - Unabhängige Nachrichten**  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: info@un-nachrichten.de

**Bankverbindung:**

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

**Internet:**

www.un-nachrichten.de  
www.fb.com/UN.Nachrichten

**Impressum:**

**Herausgeber:** Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

**verantw. Schriftleiter:** Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

**Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.**

Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.  
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/